Der Senator für Bildung und Wissenschaft

Beschlussfassung
26.10.2006
Frau Wassener
Tel. 15872
Herr Bothmann
Tel. 4670
Herr Böse
Tel. 6550

Vorlage Nr. G 188
für die Sitzung der Deputation für Bildung am 09.11.2006

Regionale Bildungslandschaften in der Stadtgemeinde Bremen

A. Problem

Mit der Vorlage des Schulstandortentwicklungsplanes 2005 – 2015 ist in der Sitzung der Deputation für Bildung am 14.10.2005 der quantitative Rahmen für den Ressourceneinsatz gesetzt worden. Gleichzeitig erging der Auftrag regionale Bildungslandschaften zu entwickeln um innerhalb des Ressourcenrahmens die qualitativen Versorgungsansprüche zu definieren.

Die Entwicklung **regionaler „Bildungslandschaften“**, verbunden mit dem Ziel

- einer höheren Bildungsbeteiligung,
- zukunftsweisender Schulstrukturen und –modelle,
- einer größeren Vielfalt und Transparenz des schulischen Angebots,
- aufeinander abgestimmte Bildungswege zu konzipieren,
- einer gleichmäßigen Verteilung attraktiver und abgestimmter Angebote in der Stadt,
- einer Erhöhung der Qualität der einzelnen Schule,

ist daher bei allen Standortentwicklungsmaßnahmen zu berücksichtigen.

B. Lösung

Der hier vorgelegte Stand der regionalen Schullandschaften stellt die spezifischen Schwerpunkte, Profile, Projekte und Kooperationen in den einzelnen Regionen dar. Abgebildet ist der Entwicklungsstand des laufenden Schuljahres. Der Datenbestand wird in Rückkopplung mit den Schulen vervollständigt und laufend aktualisiert.
Die regionalen Schullandschaften bilden die Grundlage für die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften. Diese beinhalten regelhafte Formen und inhaltlich abgestimmte Konzepte der Zusammenarbeit innerhalb des Schulbereichs und über den Schulbereich hinaus.
Zu außerschulischen Kooperationspartnern gehören Kindertageseinrichtungen, Institutionen der Jugendhilfe, Weiterbildungsträger, Vereine, Kirchen, örtliche Betriebe sowie vernetzte Beratungsinstitutionen.

Das vorgelegte Datenmaterial schafft Transparenz über die vorhandenen Angebote an den einzelnen Schulen und eignet sich für

- die Politik als Grundlage für Entscheidungen,
- die Schulleitungen als Informations- und Steuerungsinstrument sowie zur Rechenschaftslegung gegenüber der Behörde,

- das Benchmarking für die eigene Schule im Vergleich zu den Angeboten innerhalb und außerhalb der Region,
- die Eltern als Entscheidungshilfe bei der Schulanwahl,
- das Ressort als Planungsinstrument für Schulentwicklung und Bildungsangebote und als Entscheidungshilfe bei der Schulraumentwicklung und Personalversorgung,
- die Entwicklung und Gestaltung von regionalen Bildungslandschaften.

Die bildungspolitischen Entscheidungen und die Eckpunkte für die regionale Entwicklungsplanung werden in regionalen Foren wie „Runden Tischen“ und Stadtteil-konferenzen entwickelt und abgestimmt.

Der Diskussionsprozess zur Entwicklung regionaler Schul- und Bildungslandschaften wurde im 1. Halbjahr 2006 begonnen und wird von folgenden Fragestellungen geleitet:

- Wie soll sich die Bildungslandschaft in der Region im Zeitraum von 2005 bis 2015 entwickeln?
- Welche Kooperationsstrukturen sollen entwickelt werden
  - regional und überregional
  - im Bildungsbereich und über den Bildungsbereich hinaus?

Zwischen Schulleitungen und Schulaufsicht wurde vereinbart, dass

- die Entwicklung regionaler Bildungslandschaften als Prozess angelegt ist,
- Kooperationsstrukturen heraus gearbeitet werden,
- aufeinander abgestimmte Bildungswege zu konzipieren sind,
- Ziele, Entwicklungsschwerpunkte und die Möglichkeiten schulischer Verbünde für die Region aufgezeigt werden,
- ein Verfahren mit Zeitschiene und Meilensteinen entwickelt wird,
- ein Verfahren bei Nicht-Einigung beschrieben wird.

Der Prozess wird von der Schulaufsicht (Referat 24) und dem Liegenschaftswesen (Referat 18) dokumentiert, über Ergebnisse und Schwerpunkte des Prozesses wird der Deputation für Bildung regelmäßig berichtet.

C. Beschlussvorschlag

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zum Entwicklungsstand regionaler Bildungs-landschaften in der Stadtgemeinde Bremen zur Kenntnis.

In Vertretung

Dr. Göttrik Wewer
Staatsrat

Anlage